

11. FEB. 1962



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

1/AVII/36 - 12. Februar 1962

Was veröffentlichter in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Vor einem neuen Anlauf ?</u> In der Vorrunde der Abrüstungskonferenz vom 14. März	88
3	<u>Der Fall Bucarius</u> Lehren, die sich daraus ergeben	38
4	<u>Zonenrandgebiet - Aachenbrödel im Wirtschaftswunder</u> Ein Appell der kommunalen Spitzenverbände - Bund muss mehr helfen	40
5 - 7	<u>Afrika sucht seinen Weg (VII und Schluss)</u> Kongo-Brazzaville - schwieriger Weg zur Demokratie Von G. Markscheffel, zur Zeit Brazzaville	152

* * *
* * *

Vor einem neuen Anlauf ?

sp - Mit einem Paukenschlag ist der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow in die Vorrunde der am 14. März stattfindenden 18-Nationen-Konferenz über die Abrüstung eingetreten. Diese Konferenz soll nicht von den Aussenministern, sie soll nach dem Vorschlag Chruschtschows von den Regierungschefs der 18 Staaten eröffnet werden, da nach seiner Meinung "der Versuch zur Beendigung des Rüstungswettlaufes viel zu ernst sei, um ihn den 'Bürokraten' - den Aussenministern - zu überlassen." Man könnte man fragen, ob es nicht im Grunde genommen eine Verfahrensfrage ist, wer Verhandlungen führt - ob die Aussenminister oder die Regierungschefs; - wenn ein ernsthafter Wille auf allen Seiten besteht, zu Vereinbarungen auf solider Grundlage zu gelangen, dann wäre ein Gelingen ohne Rücksicht auf den Rang der Partner ohnehin gesichert. Die bisherigen Gipfelkonferenzen waren mehr oder weniger fruchtlos, die letzte, jene vom Mai des Jahres 1960 in Paris, endete mit einem Klamauk, die vorangegangene in Genf mit einem Widerruf der Vereinbarungen innerhalb von 24 Stunden. Sie schraubten die Hoffnungen der Völker fast auf den Nullpunkt zurück.

Auch die mit Unterbrechungen erfolgten dreijährigen Genfer Verhandlungen über eine kontrollierte Einstellung der nuklearen Testversuche verliefen sich ins Leere; unbeschränkt um die Proteste der Weltmeinung und unter Missachtung entsprechender Entschliessungen der Vereinten Nationen liess die Sowjetunion inzwischen mit Superbomben die Atmosphäre noch weiter vergiften. Ebenso verhängnisvoll waren die psychologischen Auswirkungen dieses Vertrauensbruches. Die Kluft zwischen West und Ost wurde vertieft, das gegenseitige Misstrauen vermehrt und die Westmächte genötigt, aus Gründen eigener militärischer Sicherheit und der Erhaltung des Gleichgewichtes nun ihrerseits eine Wiederaufnahme der Testversuche in Erwägung zu ziehen.

Die Geschichte der bisherigen seit 1945 geführten Abrüstungsverhandlungen würde angesähte Bände füllen. Skeptiker und Zyniker könnten aus der Lektüre der Abrüstungsprotokolle eine Rechtfertigung ihres Pessimismus ableiten. Einmal in dieser Kette enttäuschter Hoffnungen und Erwartungen schien sich ein Lichtblick zu ergeben, als sich Russen und Amerikaner auf eine gemeinsame, vor den Vereinten Nationen abgegebene Erklärung einigten, deren wichtigste Elemente hiessen:

- * eine internationale Abrüstungsbehörde innerhalb der UNO zu schaffen,
- * Einführung strenger Kontrollen der Rüstungsbeschränkung,
- * die Abrüstung schrittweise vornehmen, wobei nach jeder ausgeführten Massnahme die Lage neu überprüft werden soll,
- * verstärkte Einrichtungen zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten; Aufstellung einer internationalen Polizeimacht und - gewissermaßen als letzte Stufe -
- * die nächsten Verhandlungen durch eine erweiterte Abrüstungskommission der Vereinten Nationen zu führen.

Diese Einigung im Grundsätzlichen blieb auf dem Papier, bergehohle Schwierigkeiten tauchten auf, wenn es um die Festsetzung von Einzelheiten ging.

Wird dem neuen Anlauf diesmal mehr Erfolg beschieden sein? Die Vereinigten Staaten unter der Führung ihres Präsidenten Kennedy sehen in Redekonferenzen und Propagandaschlächten keinen Ersatz für wirkliche Verhandlungen. Vor dem Hintergrund schmerzlicher und enttäuschender Erfahrungen ist Kennedys Vorschlag verständlich, zunächst ein Ausserministertreffen der drei Mächte, Sowjetunion, Grossbritannien und USA abzuhalten, die sich bemühen sollten, wenigstens in der Frage der kontrollierten Einstellung der Atomwaffenversuche eine Verständigung zu erzielen. Noch steht die Reaktion Washingtons auf Chruschtschows Forderung nach einem Gipfeltreffen aus, aber die USA dürften darin wohl keine Prestigeangelegenheit sehen. Dafür steht zu viel auf dem Spiel. Nicht ausgeschlossen scheint es, dass Moskau auf dem Umweg über die Gipfelkonferenz auch die Berlinfrage auf das internationale Tapet bringen will und hier wird dann wohl grösste Vorsicht am Platze sein.

Wird über Abrüstung diesmal ernsthaft verhandelt, dann kann es für uns Deutsche nicht schlecht sein. Die Drohung eines ungehemmten Rüstungswettlaufes wiegt zu schwer, um darüber hinwegzusehen. Das weltweite Verlangen nach einer Abrüstung, die das bestehende Gleichgewicht zwischen West und Ost nicht ändert, die Gefahr eines Zusammenstosses zwischen den Kolossen verringert, muss auf der internationalen Tagesordnung bleiben. Zyniker und Skeptiker dürfen nicht recht behalten.

Diesem weltweiten Verlangen hat der Vorschlag Willy Brandts in seinem Regierungsprogramm entsprochen, auch in der Bundesrepublik ein Amt zu schaffen, das sich ausschliesslich mit den Fragen der Abrüstung beschäftigt und damit im Einklang steht mit allen Sondierungen, die in den USA und Grossbritannien in dieser Richtung vorgenommen werden. Noch immer gilt die Aufforderung, die Kennedy im Anschluss an die gemeinsame russisch-amerikanische Erklärung an Moskau gerichtet hat:

- * Wir wollen deshalb die Sowjetunion herausfordern, nicht zu einem Rüstungswettlauf, sondern zu einem Friedenswettlauf,
- * um zusammen Schritt für Schritt, Phase um Phase mit ihr vorzugehen, bis die allgemeine und vollständige Abrüstung verwirklicht ist. Wir laden sie ein, nun von der erzielten Einigung über Grundsätze zu einer Einigung über ausführbare Pläne zu gelangen.

Kann und darf die Welt nur hoffen, dass dieses Wort eines Mannes, der auf seinem Schultern Weltverantwortung trägt und von dem Abgrund weiss, vor dem die Völker bei fortschreitendem Rüstungswettlauf stehen, in Moskau nur zustimmenden Widerhall finden wird?

Der Fall Bucarius

3d7. Die Hamburger CDU bedauert den Austritt von Dr. Bucarius aus seiner Partei. Sie steht damit sicher nicht allein.

Bucarius war kein Parteirebell. Er war nur einmal aufgestanden und hatte in der christlich-demokratischen Bundestagsfraktion gegen die Wiederwahl Dr. Adenauers gestimmt und war dabei in einen Gegensatz zwar zur Mehrheit, nicht aber zur Gesamtheit dieser Fraktion geraten. Jetzt hat er erklärt, dass er den Auffassungen seiner Partei treu bleiben wolle.

Dr. Sieveking, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Hamburger Bürgerschaft, klagt jetzt diejenigen unter seinen Parteifreunden an, die Bucarius zu seinem Schritt veranlasst und ihn aus der Partei hinausgedrängt haben - insbesondere den Bundesvorstand der CDU. Ausgelöst wurde das Kesseltreiben gegen einen überzeugungstreuen christlichen Demokraten durch einen illustrierten-Artikel, in welchem eine ernste Angelegenheit in einer Weise behandelt wurde, welche auf manche albern gewirkt haben mag. Die Frage ist, wie weitreichende politische Konsequenzen aus einem Artikel gezogen werden können, der manchen als eine Entgleisung erschien, der aber immerhin in einem Bildungsblatt stand, das Kitschsucht und Sensationsgier nicht auf die Spitze treibt. Politische Scharfrichterei, angewandt gegen einen Verleger, dessen Redakteure einen Artikel bringen, der nicht den Beifall aller Mitglieder der Partei findet, welcher der Verleger angehört, setzt voraus, dass man sich ein autoritäres Verhältnis zwischen Verleger und Redakteur vorstellt und der Meinungsfreiheit ein Korsett anlegen möchte.

Dr. von Brentano hat sich gegen das Wort von einer "Demontage der Demokratie" gewandt, welches in diesem Zusammenhang gefallen ist und wahrscheinlich noch öfter fallen wird. Man sollte auch den Politikern das gute Recht zubilligen, ihre Meinung zu äußern, da dies noch keinen Eingriff in die freie Meinungsäußerung der Presse bedeutet. In der Tat, eine Meinungsäußerung gegen eine andere Meinungsäußerung ist noch kein Eingriff. Etwas anderes ist es, wenn die eine "Meinungsäußerung" zur Konsequenz hat, dass der Deutsche Bundestag einen verdienstvollen Parlamentarier verliert.

Dr. Sieveking seinerseits hat gemeint, die CDU sei doch schließlich "stark genug", auch gegenteilige Meinungen zu vertragen. Dem scheint aber eher nicht so zu sein. Das ist nicht gesund. Das ist vielmehr ein Zeichen für eine schwelende Krise in der CDU.

Zonenrandgebiet - Ascherkrödel in Wirtschaftswunder

sp - Überaus ernst zu nehmen ist der Appell, den die vier kommunalen Spitzenverbände, nämlich Städtetag, Gemeindetag, Städtebund und Landkreistag in den letzten Januar-Tagen von Düsseldorf aus an Bundesregierung und Bundestag gerichtet haben. Die Spitzenverbände setzen sich heute für eine stärkere Förderung des Zonenrandgebietes seitens des Bundes ein.

Das geschah mit gutem Recht, denn allein zwischen 1956 und 1959 nahm die Bevölkerung in den 29 Landkreisen und neun Stadtkreisen die unmittelbar entlang der Zonengrenze liegen, um 6,2 Prozent ab. Demgegenüber erhöhte sie sich im ganzen Bundesgebiet um 9,8 Prozent. Dabei ist der Geburtenüberschuß an der Zonengrenze höher als im sonstigen Bundesgebiet. Schon diese Zahlen weisen auf die Gefahr der Verödung eines Zonengrenzstreifens hin, der eigentlich zum Schaufenster der Bundesrepublik gegenüber der Ostzone wirken sollte.

Es geht also darum, dem Zonengrenzraum mit Hilfe des Bundes zu helfen, auch wenn im Bundesfinanzministerium stärker als je zuvor die Tendenz vertreten wird, zugunsten der notwendigen Rüstungsaufgaben Einsparungen vorzunehmen. Die Entwicklung des Zonengrenzraumes zu einem lebenskräftigen Gebiet ist schließlich eine vorrangige zivile Aufrüstung.

Einerseits sollten Wirtschaftsaufbaukassen und Garantiekassen in die Lage versetzt werden, neue Industrien am Zonengrenzraum zu errichten. Dazu gehört auch, daß viele Unternehmer ihren Pessimismus aufgeben und begreifen, daß die Produktion an der Zonengrenze (und nicht nur der Blick auf die Gewinnchancen) eine überragende unternehmerische Aufgabe ist.

Der schlechte Zustand des Straßen- und Wegenetzes an der Zonengrenze ist bekannt. Die Landwirtschaft vor allem weiß ein Lied davon zu singen. Aber die notwendige überdurchschnittliche Hilfe für Bauern und Agrarveredelungsbetriebe aus den Mitteln des grünen Planes kann nicht zur Wirkung kommen, wenn das Wegenetz nicht vorher in Ordnung gebracht wird.

Alles in allem: Die jetzt auch von den kommunalen Spitzenverbänden und vorher schon von den Bundesländern Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein geforderten Hilfen für das Zonenrandgebiet sollten nicht mehr überzärt werden. Man sollte vielmehr daran denken, durch besondere Infrastrukturgesellschaften die Lebensumstände und die Wirtschaftskraft am Zonenrand zu verbessern. Wenn sich schon die Industrie im westlichen Bundesgebiet in die ländlichen Gebiete verlagert, so sollte sie nun endlich den Mut haben, sich auch dem östlichen Zonenrand zuzuwenden.

Afrika sucht seinen Weg (VII und Schluss)

Kongo - Brazzaville - schwieriger Weg zur Demokratie

Von G. Markscheffel, zur Zeit Brazzaville

Brazzaville, die Hauptstadt des früheren Französisch-Kongo, ist in den letzten Monaten der Zufluchtsort vieler Europäer geworden, die aus Leopoldville, der Hauptstadt des ehemaligen Belgisch-Kongo, über den Kongo-Fluss in ein ruhiges Land und von dort nach Europa zurückströmten. Eine Fähre verbindet heute beide Hauptstädte. Auch wer wenig von den Vorgängen in Elisabethville weiss, wird von den verzögerten Gesichtern der Menschen an der Anlegestelle der Fähre sofort gepackt. Man wartet auf einen Verwandten, von dem man seit langem nichts gehört hat, auf eine kurze Nachricht, die über den Fluss von einem Freund gebracht wird - man wartet und hofft, dass "drüben" endlich Ruhe wird.

Brazzaville ist die Stadt der Gerüchte. Man hört von neuen Unruhen, und Demonstrationen, wobei seltener klar ist, wer gegen wen aufzutreten gedenkt. Zahlreiche ausländische Missionen haben verstärkte Brückenköpfe in Brazzaville gebildet, aber deutlicher als irgendwo anders in Afrika fühlt man hier, dass der weisse Mann tatsächlich nur in einer Abwartestellung ist.

Ex-Priester als Staatsoberhaupt

Die Stadt Brazzaville selbst bietet sich dem Besucher als Musterbeispiel einer klugen und weit vorausschauenden Politik dar. Weniger als in anderen Städten Afrikas bedrückt einen hier der Unterschied zwischen dem Europäer- und Regierungsviertel sowie den Stadtteilen, in denen die Afrikaner wohnen. Die Wohnviertel der Afrikaner sind einladender als woanders, und der Übergang vom alten zum neuen Afrika scheint hier reibungsloser zu verlaufen.

Erczudem, es gibt auch hier im ehemaligen französischen Kongo zahlreiche Merkwürdigkeiten. An der Spitze des Staates steht Abbé Fulbert Youlou, ein ehemaliger französischer Priester, dem die Kirche die Ausübung der geistlichen Handlungen untersagt hat, ihn jedoch nicht exkommuniziert, so dass er heute noch in den Augen der Bevölkerung "Monsieur l'Abbé" ist. Youlou macht davon reichlich Gebrauch. Er zeigt sich bei öffentlichen Anlässen in einer farbenprächtigen Soutane, deren Couleur je nach dem Ereignis gewechselt wird. Mit weit ausladenden Gebärden und priesterlicher Würde schreitet der Staatsoberhaupt Ehrenkompanien ab oder lässt sich vom Volke huldigen.

Mit eigener Stimme gewählt

Als der Kongo unabhängig wurde, gab es schon eine Sozialistische Partei, das "Mouvement Socialiste Africain" unter der Führung des jetzigen Vizepräsidenten und SPJO-Abgeordneten Jacques Opangault. "Monsieur l'Abbé" stand an der Spitze einer christlichen Partei, von der man sagt, dass sie weitgehende Unterstützung französischer Verwaltungsstellen hatte. Bei der ersten Wahl nach der Erlangung der Unabhängigkeit hatten beide Parteien einen fast gleichen Stimmenanteil. Nur mit einer Stimme Mehrheit im Parlament wurde "Monsieur l'Abbé" zum Präsidenten gewählt. Vielleicht hatte er davon gehört, dass auch ein europäischer Bundeskanzler mit einer, nämlich seiner eigenen, Stimme gewählt worden war ...

Aber das reichte ihm nicht. Plötzlich entstand das Gerücht, die Sozialisten wollten putschen. Französische Gendarmerie nahm mit Hilfe einheimischer Soldaten die Oppositionsführer fest und setzte sie zunächst einmal ins Gefängnis. Nun entstand wirklich die Gefahr eines Aufstandes, denn die Anhänger Opangaults wollten sich mit dieser "Lösung" des Regierungsproblems

nicht zufrieden geben. Als de Gaulle befürchten musste, dass im ehemaligen französischen Kongo eine ähnliche Situation entstehen würde wie in Belgisch-Kongo, wurden kluge Männer eingesetzt, die "Monsieur L'Abbé" zur Vernunft bringen sollten. Der aber suchte nach einem neuen Ausweg, um sich die Macht zu sichern. Einmal liess er ein neues Wahlgesetz verabschieden, durch das die Wahlkreise so eingeteilt wurden, wie es entsprechend der Stammes- und Glaubensaufgliederung "günstig" für die Regierungspartei erschien; zum anderen bot er seinem Widersacher Opangault einen Ministerposten an.

Sozialisten in der Regierung

Hier aber zeigte sich, was eine organisierte sozialistische Partei wert ist: Opangault weigerte sich, den Ministerposten anzunehmen, forderte seine sofortige Freilassung und die Möglichkeit, einen Parteikongress einberufen zu können. Die Dinge standen auf dem Messers Schneide, als "Monsieur L'Abbé" endlich nachgab. Der Parteikongress der Sozialisten bestätigte die Haltung Opangaults und forderte zugleich, dass neben ihm noch einige andere Mitglieder des Führungsgremiums des MSA zu Ministern ernannt werden. Youlou musste klein beigeben; die Situation in benachbarten Belgisch-Kongo war inzwischen so kritisch geworden, dass man buchstäblich jeden Augenblick mit dem Überspringen des Juncus in das ehemalige französische Kongo rechnen musste.

Heute sind von fünfzehn Kabinettsmitgliedern fünf Sozialisten. Ausser Opangault, der Vizepräsident und Justizminister ist, sind der Arbeits-, Wirtschafts-, Informations- und der Planungsminister Mitglieder des MSA. Der innere Friede konnte wiederhergestellt werden und mindestens nach aussen ist diese auf so merkwürdige Weise zustandgekommene Regierung tatsächlich ein grosser Beruhigungsfaktor in diesem sehr heissen Teil Afrikas.

In der Regierung hat man sich auf einige grundsätzliche und gemeinsam als wichtig anerkannte Massnahmen geeinigt. Dazu gehört eine Politik der Neutralität gegenüber den grossen Machtblöcken. Im afrikanischen Raum befürwortet die Regierung das langsame Zusammenwachsen mehrerer Staaten zu einer Föderation. Brazzaville ist der Sitz des Generalsekretariats für die Zusammenarbeit von vier Staaten auf dem Gebiete des Post- und Fernmeldewesens, der Zolleinheit und zum Teil auch der ökonomischen Planung. Diese vier Staaten sind Kongo (Brazzaville), Gabon, die Tschaad-Republik und die Zentralafrikanische Republik.

Spannungen

Die führenden Männer in Brazzaville haben also zunächst den Feindhand- schuh begraben. Ob das allerdings lange so sein wird, ist schwer zu sagen, denn auch hier beginnen die wirtschaftlichen Probleme in Zusammenhang mit der Modernisierung des Lebens, die Strukturwandlungen im Zuge der Industrialisierung eine grosse Rolle zu spielen.

Ohne Zweifel strebt die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung unter Führung des MSA eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an, die wie in zahlreichen anderen afrikanischen Staaten den Kooperativgedanken als Fundament hat. Der andere Bevölkerungsteil, gruppiert hinter den Partei des "Monsieur L'Abbé", befürwortet eine stärkere Anlehnung an eine europäische Wirtschaftsordnung, die natürlich unter den spezifisch afrikanischen Bedingungen die Gefahr in sich birgt, dass an die Stelle des ausländischen der einheimische Kapitalist tritt.

Die Sozialisten sind sehr vorsichtig. Sie wollen nichts übers Knie brechen; ihr Bestreben ist es, die Umformung der Gesellschaft und Wirtschaft in einem Prozess der Überzeugung des gesamten Volkes durchzuführen. Das ist natürlich sehr schwierig, und der junge Informationsminister Bazin- ga, mit dem wir uns längere Zeit über die Probleme seines Landes und über

seine Aufgaben unterhalten konnten, sieht sehr deutlich, was den Aufklärungsprozess hemmt. Ihm steht zum Beispiel keine täglich erscheinende Zeitung zur Verfügung; aber selbst wenn er eine hätte, wäre die Breitenwirkung eines solchen Organs auch nicht gross. Mindestens 80 Prozent der Bevölkerung des Hinterlandes können nicht lesen und schreiben. Der Aufklärungsprozess muss also über Rundfunk und Film durchgeführt werden. Die Sendestation Kongo-Brazzaville hat ein gutes Programm, aber was nützt das beste Programm, wenn draussen im Lande mindestens 20 000 Transistoren fehlen, um das gesprochene Wort an den Mann zu bringen. Seit einiger Zeit verfügt das Informationsministerium über zwei Filmvorführungswagen. Notwendig wären mindestens acht bis zehn, die überall im Lande Filme über Hygiene, Kinderpflege, neue landwirtschaftliche Arbeitsmethoden und ähnliches zeigen könnten. Wo jetzt einer der beiden Filmvorführungswagen auftaucht, kommen die Menschen oft aus Entfernungen von 20 bis 30 Kilometern zusammen. Sie erleben die Vorführung als ein grosses Ereignis und es kann festgestellt werden, dass die durch die Filme gegebenen Anregungen bald danach ihre Früchte tragen.

Die jungen Minister

Opangault ist ein im ganzen Lande hochgeschätzter Mann. Seine jungen sozialistischen Ministerkollegen geniessen das gleiche Ansehen. Ihre Amtssitze sind betont einfach, das Wesen dieser Männer strahlt Bescheidenheit, aber auch Zielstrebigkeit aus. Man rechnet es ihnen hoch an, dass sie verlockende Angebote, des "Monsieur l'Abbé" in den Wochen und Monaten höchster Krisengefahren als Person ablehnten, gleichzeitig aber als Mitglieder einer Gemeinschaft ihr Können dem Staat zur Verfügung stellten.

Wir sprachen mit den jüngeren Ministern, bevor wir Opangault selbst sprachen. In der Unterhaltung konzentrierten sie sich ganz auf ihr Arbeitsgebiet. Sobald wir über Partei- und allgemeine politische Fragen sprechen wollten, wurden wir höflich darauf aufmerksam gemacht, dass der "Chef" Opangault uns das alles am besten selbst sagen könne. Schmunzelnd registrierte Opangault einen Tag später dieses Verhalten seiner jungen Freunde.

Dieses kleine Beispiel möge zeigen, dass hier im Kongo-Brazzaville eine demokratische Keimzelle entsteht, deren Bedeutung für die weitere Entwicklung und besonders nach Wiederherstellung der Ruhe im ehemaligen Belgisch-Kongo ausserordentlich gross werden kann. Falsch wäre es jedoch, wollte man in Europa annehmen, diese Gruppe von Politikern sei ohne Vorbehalt bereit, sich an europäischen Beispielen zu orientieren. Auch sie wollen den ihrem Land und ihrem Volks entsprechenden Weg zu einem modernen Staat gehen. Sie nehmen das Gute aus Europa gern an, bewahren aber eine gewisse Reserve gegenüber Vorstellungen, die nicht in afrikanischen Raum selbst ihren Ursprung haben.

Aus diesen Grunde sind sie auch eindeutig gegen jede Form des Kommunismus. Ihr Antikommunismus ist aber nicht der Ausdruck blockpolitischer Denkmals, sondern entstand aus der sehr klaren Überzeugung, dass der neue unabhängige Staat Kongo eine von den besten Traditionen des Humanismus geprägte Gesellschaftsordnung haben soll.

Das jedenfalls ist die Vorstellung dieser Männer von ihrem politischen Wirken im Herzen Afrikas. Sie verdienen unser aller Hochachtung.

+ + +